

VIER Pfoten – Stiftung für Tierschutz

1. Fragen zum Schutz von Wildtieren:

1.1 *Gefährliche Wildtiere in Privathaltung*

F: Setzt sich Ihre Partei für ein Verbot der hobbymäßigen Haltung gefährlicher Wildtiere nach dem Beispiel Hessens (seit Oktober 2007) ein?

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat der Senat in Berlin bereits ein Verbot der Haltung von gefährlichen Exoten in Privathaushalten erlassen. Lediglich unter strengen Auflagen wird der Bestand noch geduldet.

1.2 *Wildtiere in Zirkusunternehmen*

Die Wildtierhaltung in Zirkusunternehmen ist mit vielfältigen Tierschutzproblemen verbunden und wird von der Bundestierärztekammer abgelehnt.

F: Unterstützt Ihre Partei eine erneute Bundesratsinitiative für ein bundesweites Verbot der Wildtierhaltung in Zirkussen?

Ja. Die SPD unterstützt auf Bundesebene das Verbot von Wildtieren in Zirkussen. Wildtiere gehören nicht in den Zirkus. Der ständige Ortswechsel macht eine artgerechte Haltung nicht domestizierter Tiere nahezu unmöglich. Wir setzen uns für ein bundeseinheitliches Verbot des Mitführens und Vorführens von Wildtieren in Zirkussen ein. Berlin hat dazu bereits mehrere Initiativen gestartet, im Bundesrat sind die Aussichten auf einen Erfolg zurzeit recht gut. Bis dahin sollen die Berliner Bezirke ihre Möglichkeiten nutzen und ein Verbot auf städtischen Flächen strikt durchsetzen.

2. Fragen zur landwirtschaftlichen Tierhaltung und Ernährung:

2.1 *Kommerzielle Haltung von Zucht- und Mastkaninchen*

Die in Deutschland übliche Haltung von Kaninchen in engen Drahtgitterkäfigen ist in erheblichem Maße tierschutzrelevant. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz arbeitet derzeit an einem Entwurf mit Haltungsvorgaben. Anfang Juni hat sich das Thüringer Gesundheitsministerium deutlich gegen die Käfighaltung von Mastkaninchen ausgesprochen und verlangt eine bundesweite Festlegung hoher Mindestanforderungen.

F: Unterstützen auch Sie ein Verbot der Käfighaltung von Kaninchen wie es bereits in Österreich umgesetzt ist?

Wir unterstützen bundesweite Regelungen gegen enge Drahtgitterkäfighaltung. Da es sich um eine bundespolitische Frage handelt, sehen wir eher die SPD-Bundestagsfraktion als passenden Ansprechpartner.

2.2 Kennzeichnung von verarbeiteten Eiern

Für Frischeier gibt es seit 2004 EU-weit eine obligatorische Kennzeichnungspflicht nach Haltungsform und Herkunft der Legehennen. Eine solche Kennzeichnungspflicht von verarbeiteten Eiern in Fertig- bzw. Eiprodukten und in der Gastronomie würde auch in diesem Bereich Transparenz im Sinne der Verbraucher schaffen.

F: Befürwortet Ihre Partei eine Kennzeichnungspflicht für Eier in verarbeiteten Produkten und in der Gastronomie nach Herkunft und Haltungsform?

Im Sinne von Verbraucherschutz und Transparenz bei der Verwendung von Lebensmitteln würden wir entsprechende Kennzeichnungspflichten unterstützen. Hier gilt allerdings, dass es sich um eine Frage handelt, die auf Ebene der EU zu entscheiden ist. Folglich sind die SPE-Fraktion und ggf. die SPD-Bundestagsfraktion die richtigen Ansprechpartner.

2.3 Kleingruppenhaltung von Legehennen

Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember vergangenen Jahres die geltenden Bestimmungen für die Haltung von Legehennen in der so genannten Kleingruppenhaltung, ein irreführender Ausdruck für Käfighaltung, gekippt. Als Grund dafür wurden Formalitäten herangezogen. Die Richter in Karlsruhe erklärten, dass die Tierschutzkommission bei der Verabschiedung der Verordnung nicht ausreichend angehört wurde. Agrarministerin Ilse Aigner hat Anfang Juni eine Auslaufrfrist für die Kleingruppenhaltung bis 2035 verkündet.

F: Wie stehen Sie zu einem Verbot der Kleingruppen(käfig)haltung? Sind Sie für ein früheres Auslaufen als 2035 und wenn ja, ab wann?

Eine frühere Frist würden wir begrüßen. Eine Jahreszahl kann jedoch hier nicht genannt werden. Auch dies ist eine Frage, die bundespolitisch entschieden werden muss.

2.4 Lebendrupf von Gänsen

Immer wieder werden Fälle grausamen Lebendrupfes von Gänsen dokumentiert. Trotzdem ist diese tierquälerische Praxis unter Bezeichnungen wie „Mauserrupf“, „Harvesting“, „Raufen“ etc. in der EU noch möglich und verbreitet. VIER PFOTEN fordert ein EU-weites Gesetz, das jegliche Entnahme Daunen und Federn von lebenden Tieren verbietet. In diesem Anliegen wird VIER PFOTEN von Europas größten Gänseproduzenten, zahlreichen Handelsunternehmen, Experten sowie über 10.000 Förderern unterstützt.

F: Setzen Sie sich dafür ein, dass EU-weit ein generelles Verbot eingeführt wird, Daunen und Federn von lebenden Tieren zu entnehmen?

Nach Ansicht des Tierschutzausschusses der Deutschen Tierärztekammer ist die sog. „Lebendrupf“ bereits als Tierquälerei EU-weit verboten (Süddeutsche Zeitung, 26.11.2011). Ob hier dennoch weiterer Handlungsbedarf besteht, können wir aus landespolitischer Sicht im Rahmen des Abgeordnetenhauswahlkampfes zurzeit nicht beantworten.

2.5 Verbot betäubungsloser Ferkelkastration

Die Betäubung von Ferkeln bis zu einem Alter von sieben Tagen ohne Betäubung ist immer noch Alltag in der Schweineproduktion. Der Eingriff bedeutet massive Schmerzen für die Tiere. Seit geraumer Zeit wird sowohl eine Beendigung der betäubungslosen Kastration als auch eine generelle Beendigung der chirurgischen Kastration von Ferkeln diskutiert, nicht zuletzt aufgrund von Kampagnen von Tierschutzorganisationen. Als Alternative ist die Ebermast in den Vordergrund gerückt.

F: Sind Sie für ein Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln?

F: Wie stehen Sie der generellen Beendigung der chirurgischen Kastration gegenüber? Sind Sie für ein generelles Ende der chirurgischen Kastration?

Die SPD ist für das Verbot betäubungsloser Kastrationsmethoden. Für Berlin ist dieses Thema jedoch von nur geringer Relevanz. Nach Presseberichten gab es im Dezember 2010 noch sechs Schweinezüchter mit insgesamt 51 Sauen, Ebern und Ferkeln.

3. Fragen zum Schutz von Heimtieren:

In deutschen Haushalten leben rund 23 Millionen Tiere, doch immer noch gibt es kein spezifisches Gesetz zum Schutz dieser Heimtiere.

F: Wird sich Ihre Partei für ein Heimtierschutzgesetz einsetzen, indem folgende Punkte enthalten sind:

- **Verbot der Sodomie**
- **Verpflichtung zur Gruppenhaltung sozial lebender Arten**
- **Verbot der privaten Zucht aller Heimtiere, so dass Gewerbe grundsätzlich angemeldet und Steuern gezahlt werden müssen**
- **Verbot von Qualzuchten**
- **Kastrations-, Chip- und Registrierungspflicht für alle Freigängerkatzen**

Die SPD setzt sich für die Verwirklichung eines effektiven Tierschutzes ein, der dem leidensfähigen Mitgeschöpf Tier gemäß Grundgesetzartikel 20a und der Berliner Landesverfassung gerecht wird. Ein bundeseinheitliches Heimtiergesetz ist überfällig und durch eine Bundesratsinitiative auch aus Berlin von der Bundesregierung zu fordern. Notwendige gesetzliche Arbeiten zur Behebung von Tierschutzproblemen wie etwa bei der Massentierhaltung, sollten die Schaffung eines Heimtiergesetzes, zu dem schon viele gute Vorschläge von den Tierschutzorganisationen vorliegen, nicht behindern.

4. **Fragen zu Tierversuchen:**

Wenngleich die Durchführung von Tierversuchen für die Herstellung kosmetischer Produkte seit 11. März 2009 innerhalb der EU verboten ist, ist während einer Übergangsfrist der Verkauf bestimmter Kosmetikprodukte, für deren Herstellung bestimmte Tierversuche außerhalb der EU durchgeführt werden, erlaubt. Diese Ausnahmeregelung sollte zum 11. März 2013 enden. Die Europäische Kommission pocht jedoch darauf, dass für die genannten Tierversuche erst noch Ersatzmethoden entwickelt und zugelassen werden sollen, obwohl bereits Tausende als sicher eingestufte Inhaltsstoffe zur Verfügung stehen. Jahren in Verwendung und als sicher eingestuft sind. Ein wissenschaftlicher Bericht im Auftrag der EU-Kommission empfiehlt, das Vermarktungsverbot um bis zu zehn Jahre zu verschieben.

F: Ist Ihre Partei gegen eine Verschiebung des geplanten Verbotstermin am 11. März 2013?

Die SPD wird den Kampf gegen Tierversuche auch in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen. Wir haben dazu in den letzten Jahren bereits wichtige Punkte erreicht. Erstmals gab es ein großes Symposium über Alternativen zu Tierversuchen und die Vergabe eines Tierschutz-Forschungspreises, beides ist fortzusetzen. Gemeinsam mit den Berliner Universitäten wollen wir Initiativen ergreifen, damit spezielle Lehrangebote für Alternativen zu Tierversuchen an den medizinischen Fakultäten eingerichtet werden (auch über eine Stiftungsprofessur) sowie Anreize und ggf. Förderungen zur verstärkten Entwicklung tierversuchsfreier Forschungsmethoden in Berlin geschaffen werden.

Die SPD setzt sich für einen möglichst frühen Verbotstermin ein. Im Rahmen des Abgeordnetenhauswahlkampfes können wir aber aus landespolitischer Sicht keine Festlegung auf ein bestimmtes Datum vornehmen.

F: Alternative Testverfahren unterliegen strengeren Richtlinien als herkömmliche Testverfahren. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, die Anerkennung alternativer Testverfahren zu beschleunigen?

Wir unterstützen möglichst beschleunigte Verfahren zur Anerkennung alternativer Testverfahren. Sie sollen nicht durch unnötig strengere Prüfungsaufgaben als herkömmliche Testverfahren behindert werden.

5. **Fragen zu Exoten:**

Millionen exotischer Vögel, Säugetiere, Reptilien und Fische leiden in privater Haltung. Viele Tiere sterben bereits beim Fang, andere beim Transport, oder durch die nicht artgerechte Haltung. Das Leid der Tiere dringt nur selten an die Öffentlichkeit, zumal es hinter verschlossenen Türen stattfindet.

F: Setzt sich Ihre Partei für ein Verbot von Wildtierbörsen ein?

F: Setzt sich Ihre Partei wie im Bundesland Hessen geschehen für ein Verbot von gefährlichen Wildtieren in Privathand ein?

F: Hat ihre Partei andere Exoten betreffende Forderungen?

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat der Senat bereits ein Verbot der Haltung von gefährlichen Exoten in Privathaushalten erlassen. Lediglich unter strengen Auflagen wird der Bestand noch geduldet.

6. Fragen zu den „Berliner Bären“:

Am Märkischen Museum in Berlin Mitte leben immer noch zwei Bären in einem viel zu kleinen Zwinger.

F: Sind Sie für eine Überführung der zwei Bären in eine tiergerechte Einrichtung und werden Sie sich aktiv dafür einsetzen?

Der Tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat bereits Gespräche mit dem zuständigen Bezirk Berlin-Mitte über einen angemessenen „Alterssitz“ für die Berliner Bären in Mecklenburg-Vorpommern geführt und wird diese fortsetzen.